



Protokoll

Gremium: Ausschuss für Finanzen und Interne Services
Sitzungstermin: Donnerstag, 05.03.2026
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:47 Uhr
Raum, Ort: Huldigungssaal, Rathaus, Eingang K, Am Ochsenmarkt 1, 21335 Lüneburg

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Thomas Dißelmeyer

Vertretung für: Alexander Schwake

Beschließende Mitglieder

Dr. Corinna Maria Dartenne

Jule Grunau

Kai Herzog

Sören Pinnekamp

Grundmandat

Frank Soldan

Robin Gaberle

Vertretung für: Eike Freitag

Verwaltung

Stefan Ahrens

Viktor Birt

Katharina Künzel

Michael Schmidt

Daniela Seidel

Matthias Rink

Jens Mildner

Sebastian Prigge

Alexander Matz

Gäste

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung des Protokolls vom 02.12.2025	
4	Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil	
5	Einwohnendenfragen	
6	Haushaltsjahr 2025 der Hansestadt Lüneburg	
6.1	Jahresabschluss 2025 (Prognose) - Präsentation	MV/12351/26
6.2	Unerhebliche über- und außerplanmäßige Bereitstellungen im Jahr 2025	MV/12349/26
6.3	Jahresabschlussarbeiten 2025	BV/12362/26
7	Dahlenburger Landstraße; überplanmäßige Mittelbereitstellung 2025/2026	BV/12335/26
8	Gewerbesteuer der Hansestadt Lüneburg	MV/12361/26
9	Aktueller Sachstand OZG 2. HJ. 2025	
10	Anträge und Anfragen	
10.1	Anfrage "Fördermittel Bildung" (Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.02.2026, eingegangen am 09.02.2026)	AF/12332/26
11	Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Schwake begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zu TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Enthaltung: 0

Beratungsinhalt:

Zu TOP 3 Genehmigung des Protokolls vom 02.12.2025

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 02.12.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Enthaltung: 0

Beratungsinhalt:

Das Protokoll vom 02.12.2025 wurde geändert beschlossen. Folgende Änderungen zum Protokoll vom 02.12.2025 wurden übernommen:

Auf Seite 6 bis 7 heißt es: „... Frau Dr. Dartenne schließt sich dem Protokoll an, will aber auch zu Protokoll geben, dass sie vor Abschluss der Gutachten den Museen keine finanzielle „carte blanche“ erteilen wollte...“.

Diese Passage wird geändert auf: „... Frau Dr. Dartenne möchte zu Protokoll geben, dass sie vor Abschluss der Gutachten den Museen keine finanzielle „carte blanche“ hätte erteilen wollen...“.

Zu TOP 4 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil

Beratungsinhalt:

Herr Rink teilt mit, dass eine Mitteilung der Verwaltung im nicht öffentlichen Teil stattfinden werde.

Zu TOP 5 Einwohnendenfragen**Beratungsinhalt:****Zu TOP 6 Haushaltsjahr 2025 der Hansestadt Lüneburg****Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen und Interne Services fasst einstimmig/mehrheitlich folgenden Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Beratungsinhalt:**Zu TOP 6.1 Jahresabschluss 2025 (Prognose) - Präsentation**

MV/12351/26

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Beratungsinhalt:

Herr Rink berichtet zu dem vorläufigen Ergebnis des Jahresabschlusses zum Stichtag 20.02.2026. In Anbetracht des unterjährig prognostizierten zunehmenden Fehlbetrages, sei das Jahresergebnis mit „nur“ einem Fehlbetrag von voraussichtlich 33 Mio. EUR ein gutes Ergebnis. Die Hansestadt Lüneburg stehe zu circa 20% besser da, als es prognostiziert gewesen sei. Es gäbe im Laufe des Jahres weder Einschränkungen bei den freiwilligen Leistungen, noch sank, trotz Einschränkungen bei dem Personalaufwand, die Leistungsfähigkeit der Verwaltung. Auch die ordentlichen Aufwendungen seien im Jahr 2025 geringer ausgefallen, als auf der Folie dargestellt, da in den ordentlichen Aufwendungen ebenfalls 3,6 Mio. Haushaltsausgaberesten enthalten seien. Sie würden voraussichtlich erst 2026 Anspruch genommen werden.

Der Ausblick für 2026 ermögliche jedoch keine weiteren Steigerungen von Aufwendungen, da die haushaltswirtschaftlichen Sperren 2026 mit 9,2 Mio. EUR nochmal höher ausfielen als im Jahr 2025. Diese Sperre müsse auf jeden Fall eingehalten werden.

Herr Rink gibt einen Vergleich zwischen den Jahren 2020 und 2025 zu Ertragssteigerungen.

Ordentliche Erträge:

2020: 282.164.719 Mio. EUR

2025: 358.091.384 Mio. EUR

Herr Soldan erfragt die knapp 10 Mio. EUR Steigerung bei den außergewöhnlichen Erträgen.

Herr Rink erläutert, dass in diesem Fall keine zahlungswirksamen Erträge eingegangen seien, es sich hier um bauliche Maßnahmen (Straßen, Gehwege) handele, die nach Fertigstellung zu Bodenrichtwerten an die Stadt rückübertragen würden.

Herr Rink zeigt im Ergebnishaushalt auf, dass sich die Steuererträge im Laufe des Jahres verbessert hätten, jedoch unter Plan geblieben seien. Er verweist in dem Zug auf TOP 8 – „Gewerbesteuer der Hansestadt Lüneburg.“ Im Anschluss folgt ein Vergleich zu den Steuererträgen und der Kreisumlage zwischen 2020 und 2025.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer:

2020: 33.695.096 EUR

2025: 46.483.877 EUR

Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer:

2020: 9.915.347 EUR

2025: 10.070.797 EUR

Gewerbsteuer:

2020: 40.258.234 EUR

2025: 65.567.009 EUR

Kreisumlage:

2020: -47.718.256 EUR

2025: -72.771.752 EUR

Bei dem Personalaufwand konnten aufgrund verschiedener Maßnahmen circa 3 Mio. EUR eingespart werden, ohne Leistungseinbußen zu spüren. Dieser Effekt sei jedoch nicht auf Dauer zu gewährleisten. Die Besetzungsquote (exklusiv AGL und Kita) blieb konstant, was als positives Indiz für die Hansestadt Lüneburg als Arbeitgeberin zu werten sei.

Frau Dr. Dartenne erkundigt sich, auf welche Basis sich die Personalquote beziehe.

Herr Rink antwortet, dass als Basis die gesamten Personalaufwendungen dienen.

Der negative Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit sei geringer ausgefallen, jedoch weiterhin im Minus. Es bestehe weiterhin keine Möglichkeit zur Tilgung von Liquiditätskrediten.

Aufgrund der Tarifsteigerungen und einem Stellenaufwuchs seien die Personalkosten um 37 Mio. EUR seit 2021 erhöht. Ursächlich hierfür seien:

- Kita (+60 Stellen)
- Sozialarbeit (+30 Stellen)
- Gebäudewirtschaft (+30 Stellen)

Die Hansestadt Lüneburg sei mit einem Gewebesteuer-Hebesatz von 420% über dem Schnitt in Niedersachsen, jedoch auf einem Niveau verglichen mit ähnlich, großen Städten in Niedersachsen. Weiterhin sei Lüneburg ein attraktiver Standort für Gewerbetreibende.

Bei den investiven Auszahlungen habe die Hansestadt Lüneburg eine erhebliche Abweichung zwischen Plan und Ist. Annahmen möglich:

- die Hansestadt kommt nicht hinterher
- überplant

Jedoch habe die Hansestadt seit 2008 eine konstante Steigerung der Ansätze. Eine Umsetzung der Planwerte von 50-60% in einer Kommune solle Zielwert sein. Die Hansestadt Lüneburg liegt mit ihrer Umsetzung allerdings deutlich unter diesem Zielwert.

Frau Grunau fügt hinzu, dass die Erhöhung der Ansätze nicht nur durch eine erhöhte Maßnahmenplanung sei, sondern auch auf Kostensteigerung und Inflation zurückzuführen wäre. Zudem bestehe die Frage nach umgesetzten Projekten.

Herr Rink fügt hinzu, dass es viele Gespräche zu den Haushaltsausgaberesten gäbe und ein erheblicher Investitionsstau vorhanden wäre.

Herr Soldan bestätigt den großen Überhang an geplanten Maßnahmen, die nur durch ein Jahr ohne Neuanmeldungen abgearbeitet werden könnten. Dies sei jedoch nicht realistisch, da stetig neue Maßnahmen bei Schulen und Straßen notwendig seien. Jedoch sollten neue Projekte genau geprüft werden.

Frau Dr. Dartenne erkundigt sich nach den genutzten Fördermitteln und ob Fördermittel nicht in Anspruch genommen worden seien. Zudem fragt sie nach der Möglichkeit von Outsourcing.

Herr Rink bestätigt, dass alle genutzten Fördermittel auch in Anspruch genommen worden seien. Outsourcing werde dort geplant, wo es möglich sei. Jedoch würden auch bei outgesourceten Projekten stadteigene Ressourcen für Planung und Kontrolle benötigt. Einzahlungen für Maßnahmen seien 2025 nicht so eingenommen worden wie geplant, was dazu führe das sich ab 2027 noch genauer, beispielsweise mit dem Landkreis abgestimmt werden müsse, um alle geplanten Einzahlungen zu realisieren. Aktuell gäbe es eine hohe Anzahl an Haushaltsausgaberesten, da Aufträge bereits vergeben beziehungsweise kurz vor der Vergabe stünden.

Frau Dr. Dartenne bedankt sich bei der Verwaltung, dass trotz eines schwierigen Haushaltsjahres das Ergebnis etwas weniger schlimm abgeschlossen werde.

Herr Soldan ist von den Zahlen nicht begeistert und bedankt sich ebenfalls bei der Verwaltung.

Herr Dißelmeyer schließt sich den Worten von Herrn Soldan und den Zahlen zum Jahresabschluss an. Er weist jedoch auf Gründe für das Ergebnis hin, wie dem Kauf der Bardowicker Str. 1 und dem Überbieten von privaten Investoren für dieses Objekt. Weiterhin stelle sich die Frage, ob die Zahlen im Sommer belastbar waren.

Herr Rink betont, dass der Ankauf der Bardowicker Str. 1 bisher keine Auswirkungen auf den Haushalt habe und er zur Kostenreduzierung diene. Mit dem Kauf könnten zukünftig Einsparungen bei den Mietkosten erwirtschaftet werden. Bereits im Sommer wurde zu haushaltswirtschaftlichen Sperrungen berichtet, dass diese wichtig und richtig waren, um den Haushalt in positive Bahnen zu lenken. Weiterhin sei eine Diskussion wichtig, wie das strukturelle Defizit reduziert werden könne.

Frau Grunau bemerkt in Richtung von Herrn Dißelmeyer, warum er zu der Annahme komme, die

Zahlen sollten nicht korrekt sein. Es gäbe keine sprunghaften Veränderungen im Laufe des Jahres. Ebenfalls wird angemerkt, dass aus der Fraktion der SPD Anträge eingingen, die hohe Ausgaben erfordern würden. Es müsse eine konstruktive Reduzierung von Maßnahmen vorgenommen werden.

Frau Dr. Dartenne bestätigt die Antworten von Herrn Rink und bittet Herrn Dißelmeyer seine noch offenen Fragen nochmal zu stellen, damit sie nicht fortwährend in den Ausschüssen wiederholt diskutiert werden müssen. Zudem bestätigt Frau Dr. Dartenne die Kostenreduzierung durch den Ankauf der Bardowicker Str. 1.

Herr Soldan geht auf die Kostensituation der Bardowicker Str. 1 ein und erklärt, dass die Kosten für den Ankauf früher anfallen würden, als dass die Einspareffekte wirksam würden. Eine spätere dauerhafte Senkung der Kosten sei davon aber unbenommen.

**Zu TOP 6.2 Unerhebliche über- und außerplanmäßige Bereitstellungen im Jahr
2025
MV/12349/26**

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Beratungsinhalt:

Herr Soldan erfragt die Eigenschaften des Großformatscanners.

Herr Rink erläutert die Wichtigkeit des Scanners für das Archiv, dass eigenverantwortlich neben kleineren Schriftstücken auch große Baupläne digitalisiert und archiviert. Zudem bestehe für das Gerät eine Förderung.

Frau Grunau erfragt, um welchen Windpark es sich handle.

Herr Prigge führt aus, dass es sich um den Windpark in Deutsch Evern handle. Hier würde aktuell mit Gemeinde und Landwirten verhandelt, um eine Gemeindeöffnungsklausel zu erreichen.

**Zu TOP 6.3 Jahresabschlussarbeiten 2025
BV/12362/26**

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und Interne Services empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Den überplanmäßigen Aufwendungen wird gemäß §§ 117, 123 NKomVG in Verbindung mit § 45 KomHKVO und § 6 der Haushaltssatzung der Hansestadt Lüneburg für das Haushaltsjahr 2025 für folgende Sachverhalte zugestimmt:

- Instandhaltungsrückstellungen in Höhe von 2.545.000 EUR

- Zuschuss an die Museumsstiftung in Höhe von 350.000 EUR
- Steuer-Rückstellung in Höhe von 425.000 EUR

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Enthaltung: 0

Beratungsinhalt:

Herr Soldan erkundigt sich, ob durch die Rückstellungen von Steuern Mehreinnahmen generiert würden.

Herr Prigge führt aus, dass durch die Rückstellung keine Mehreinnahmen generiert würden. Die Rückstellung bezieht sich auf das Parkhaus Lüneparken. Hier finde aktuell eine Großbetriebsprüfung statt. Da die Stadt in der Vergangenheit Geschäftsanteile dort gekauft hat, ist davon auszugehen, dass der Gewinn nachversteuert werden müsse.

**Zu TOP 7 Dahlenburger Landstraße; überplanmäßige Mittelbereitstellung
2025/2026
BV/12335/26**

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und Interne Services empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Der überplanmäßigen Mittelbereitstellung für das Gesamtprojekt Dahlenburger Landstraße mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 1,2 Mio. € wird nach §117 NKomVG zugestimmt.

Die Mittel zur Deckung werden aus dem Gesamthaushalt der Hansestadt Lüneburg wie folgt bereitgestellt:

Haushaltsjahr 2025 (Mittelübertragung erfolgt im Anschluss al Haushaltsausgaberest):

- | | | |
|----|---|-----------|
| a) | 541-029 Lichtsignalanlagen | 80.000 € |
| b) | 541-140 An der Soltauer Bahn | 169.300 € |
| c) | 411-001 Kliniken Lüneburg (PKL und SKL) | 630.700 € |

Haushaltsjahr 2026

- | | | |
|----|-------------------------------|-----------|
| d) | 541-140 An der Soltauer Bahn | 200.000 € |
| e) | 541-037 Erbstorfer Landstraße | 120.000 € |

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Enthaltung: 0

Beratungsinhalt:

Fr. Dr. Dartenne erfragt, wieso noch Mittel bei den Kliniken PKL und SKL zur Verfügung stünden.

Herr Rink führte aus, dass es sich bei den Mitteln für die Klinken lt. dem Sondervertrag um einen

Herr Mildner berichtet über den aktuellen Stand des OZG. Zudem wird erläutert, dass mit jeder neuen Leistung, die eingeführt werde, mehr Support geleistet werden müsse und die weiteren Neueinführungen dadurch langsamer voranschreiten würden. Im Anschluss ist Raum für Fragen.

Herr Soldan fragt nach der Zeitplanung für die Einführung der OZG-Leistung „Anmeldung an weiterführenden Schulen“.

Die nachträgliche Antwort zu Protokoll ist durch das Niedersächsische Kulturministerium hierzu erfolgt:

„Das Land Niedersachsen möchte mit NEO Niedersachsen einen einheitlichen Dienst für alle Schulen zur Verfügung stellen.

NEO Niedersachsen ist ein Softwaresystem, das vom Niedersächsischen Kultusministerium derzeit im Projekt Smarte Schulverwaltung Niedersachsen (SSVN) entwickelt wird. Darin werden zahlreiche bestehende IT-Anwendungen der Schulverwaltung durch eine zentrale Online-Plattform für ganz Niedersachsen ersetzt.

Neben der Anmeldung an Grundschulen sollen mit NEO Niedersachsen auch die Anmeldung an weiterführenden Schulen, BBSn, Wahl- und Losverfahren etc. möglich sein.

Aktuell hätten sich Hansestadt und Landkreis Lüneburg als Pilot Schulträger angemeldet.

Laut Aussage des Kultusministeriums soll NEO zum Frühjahr 2027 bei den weiterführenden Schulen eingeführt werden.

Für berufsbildende Schulen könne sich die Einführung eventuell noch etwas zeitlich nach hinten verlagern.

Das MK bestätigte vor diesem Hintergrund, dass die Einführung einer anderen Software zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn macht.“

Herr Mildner informiert zudem über einen Bericht zur digitalen Transformation vom Landesrechnungshof. In diesem werde Lüneburg eine führende Rolle bei der digitalen Transformation in Niedersachsen bestätigt. Hervorgehoben werde vor allem:

- die Strategie zur Digitalisierung
- Zentralisierung der Verantwortung und IT-Kosten
- Kooperationen mit anderen Städten und Gemeinden

Anpassungsbedarf gäbe es bei:

- dem Notfallplan (wird derzeit mit einem externen Dienstleister erarbeitet)
- der Leitlinie zur Informationssicherheit (diese ist derzeit in der Endfassung)

Frau Grunau erkundigt sich nach Diensten mit der eID und welche Priorität diese Dienste hätten.

Herr Mildner erklärt, dass die Priorität in der Vergangenheit bei Leistungen mit der Bund-ID gelegen habe, welche schnell umgesetzt werden sollten. Im Anschluss würden Leistungen mit der eID so schnell wie möglich umgesetzt. Es bestehe die Hoffnung der Vergabe der eID über den Bund.

Frau Dr. Dartenne bittet um die Veröffentlichung des Berichtes der Transformation über eine Pressemitteilung und auch darum dem Ausschuss die Informationen zur Verfügung zu stellen.

Herr Mildner erbittet etwas Wartezeit bevor der Bericht veröffentlicht werden wird, da es sich bislang um einen Entwurf mit der Möglichkeit zur Stellungnahme bis 28.04.2026 handele. Nach abschließender Fertigstellung werde der Bericht veröffentlicht.

Zu TOP 10 Anträge und Anfragen

**Zu TOP 10.1 Anfrage "Fördermittel Bildung" (Anfrage der SPD-Fraktion vom
09.02.2026, eingegangen am 09.02.2026)
AF/12332/26**

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Beratungsinhalt:

Herr Rink verweist auf die Anlage und erkundigt sich nach offenen Fragen. Weiterhin erläutert er die Übersicht in der Anlage und weist darauf hin, dass viel Geld noch nicht bei der Hansestadt angekommen sei, sodass Bund und Länder noch ihre Aufgaben erfüllen müssten. Die bereits angekommenen Mittel würden über den Ausschuss an den Rat weitergegeben, um die Mittelverwendung zu beschließen. Der Schwerpunkt läge bei der Bildung, sodass eine Umstrukturierung der Schullandschaft sowie die Umsetzung der Ganztagschulen möglich sei.

Herr Dißelmeyer erkundigt sich nach einer Aufstellung für die Ausgaben und ob einzelne Maßnahmen bereits genannt werden können.

Herr Rink verwies auf die Vorlage, in der bereits mögliche Maßnahmen für die Verwendung erläutert würden.

**Zu TOP 11 Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen
Angelegenheiten**

Beratungsinhalt:

Thomas Dißelmeyer

Matthias Rink